

CVP 3-Königspressegespräch vom 7. Januar 2010

Dr. Hans Hollenstein, Regierungsrat, Vorsteher Sicherheitsdirektion Kanton Zürich

Öffentliche und soziale Sicherheit, Migration

Einleitung

Der Jahreswechsel ist traditionell das Erscheinungsdatum für den "**Sorgenbarometer**" unserer Bevölkerung. Wie im zu Ende gehenden Jahr stehen Sorgen im Zusammenhang mit der **Wirtschaftslage** im Vordergrund.

In unsicheren Zeiten wird der Ruf nach Sicherheit besonders laut. Das gilt in gleicher Weise für die **öffentliche Sicherheit** wie für die **soziale Sicherheit**. Und mit beidem zusammen hängt das Thema "**Migration**".

Die **Sicherheitsdirektion** leistet zu allen drei Themen einen wichtigen Beitrag, um die Sicherheitserwartungen unserer Bevölkerung zu erfüllen. Das ist in Zeiten knapper Mittel eine besondere Herausforderung.

Ich erwähne nachfolgend mir wichtige Ziele und Anliegen:

Öffentliche Sicherheit

Mein zentrales Anliegen ist es, dass die Zürcherinnen und Zürcher im öffentlichen Raum **sicher sind** und **sich sicher** fühlen. Und zwar überall und jederzeit.

Priorität behält die **Bekämpfung von Gewalt** und speziell von Jugendgewalt:

- Wir haben das zu einem gemeinsamen **Schwerpunkt für Justiz und Polizei** erklärt.
- Wir arbeiten mit dem **Jugenddienst der Kantonspolizei**, vernetzt mit Schulen, Arbeitgebern, Eltern und privaten Organisationen, zusammen.
- Wir stellen mit der **Koordinationsgruppe "Jugendgewalt"** die **direktionsübergreifende Zusammenarbeit** sicher.

Auch knappe Mittel dürfen uns nicht daran hindern, hier weitere Anstrengungen zu unternehmen.

Soziale Sicherheit

Längere Lebenserwartung und rückläufige Geburtenzahlen führen zu einer Veränderung der **Alterspyramide**. In der soeben erschienenen "Alterspolitik" haben wir dargelegt, was das bedeutet. Mein grosses Anliegen ist, dass die Sozialwerke des Bundes finanziell gesichert und aufeinander abgestimmt werden. Die Sozialwerke des Bundes dürfen aber nicht zu Lasten der Kantone und Gemeinden saniert werden.

Eine wichtige Rolle im sozialen Netz spielt die **Sozialhilfe**. Es ist uns gelungen, Anreize zu schaffen für eine **Rückkehr in die wirtschaftliche Selbstständigkeit**. Mit der neusten Revision des Sozialhilfegesetzes werden wir die Zusammenarbeit der verschiedenen Ämter und Institutionen sowie den Informationsaustausch verbessern. Wir wollen die interinstitutionelle Zusammenarbeit fördern. Ebenso will ich den Missbrauch beim Sozialhilfebezug bekämpfen.

Migration

Immer stärker kristallisiert sich heraus, dass die **Migrationspolitik Sache des Bundes ist** und der **Vollzug bei den Kantonen liegt**. Die **Integrationspolitik jedoch ist Sache der Kantone und Gemeinden**.

Der Bund bestimmt, wer in unser Land einreisen und hier bleiben darf. Der Entscheidungsspielraum des Kantons ist gering. Mir liegt daran, dass die Migrationspolitik unseren **wirtschaftlichen Bedürfnissen** und unserer **humanitären Tradition** Rechnung trägt.

Der Kanton Zürich hat viele Ausländerinnen und Ausländer, die als Arbeitskräfte wertvolle Dienste leisten. Unser Migrationsamt hat eine grosse Arbeitslast zu bewältigen, Ich will die Wartezeiten im neuen Jahr verkürzen. Dazu haben wir die Organisationsabläufe kritisch hinterfragt. Wo nötig, werden wir Änderungen

vornehmen. Weiter stellen wir zusätzliche Mitarbeitende an, um die Arbeitslasten zu bewältigen. Zudem haben wir eine Verzichtsplanning gemacht, d. h. wir wollen Vereinfachungen bei den Arbeitsabläufen. Diese sind zurzeit in Bern auf ihre Rechtmässigkeit in Prüfung.

Asylwesen

Der Kanton Zürich hat wie andere Kantone einen erhöhten Zustrom von Asylsuchenden zu bewältigen. Ich verlange, dass der Bund alles daran setzt, **negative Entscheide** rasch zu vollziehen. Alles andere ist unglaubwürdig.

Und schliesslich setze ich mich dafür ein, dass der Bund – etwa im Zusammenhang mit Härtefallentscheiden – klare **Richtlinien für den Vollzug** durch die Kantone erlässt. Die Kantone sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir haben im Kanton Zürich pro Jahr rund 120 Härtefälle nach Art. 14 Abs. 2 des Asylgesetzes zu begutachten. Diese Menschen haben keine Rekursmöglichkeit. Dafür setzt der Regierungsrat eine Härtefallkommission ein. Bis dato wurden vier Fälle behandelt. Sobald eine gewisse Anzahl Fälle vorliegt, werde ich die Öffentlichkeit orientieren.

Weiter wollen wir bei den vorläufig Aufgenommenen auf Leistung und Gegenleistung setzen. Wir wollen, dass diese Leute nicht einfach Gelder vom Staat erhalten, sondern zur Arbeit gemäss den SKOS-Richtlinien verpflichtet werden können.

Spielraum haben Kanton und Gemeinden in der **Integrationspolitik**. Erfolgreiche Integration von Ausländerinnen und Ausländern ist ein **Muss**. Dazu nur eine Zahl: Bei der Mehrzahl der Eheschliessungen im Kanton Zürich ist wenigstens eine der eheschliessenden Personen Ausländerin oder Ausländer. Gesellschaft, Politik, Wirtschaft, aber auch Vereine und Private sind gefordert, um das friedliche Zusammenleben mit Ausländerinnen und Ausländern sicherzustellen.

Ohne Gemeinden geht es nicht

Öffentliche Sicherheit, soziale Sicherheit und Integration haben mindestens eines gemeinsam: Ebenso sehr wie der Kanton sind **Städte und Gemeinden gefordert**.

- Mehr als zwei Drittel der Zürcher Bevölkerung leben in Städten und Gemeinden mit eigenen **kommunalen Polizeien**. Sie sind die ersten Ansprechpartner für Ruhe und Ordnung.
- Zuständig für die **Sozialhilfe** sind die Gemeinden. Dies gilt für die wirtschaftliche und erst recht für die persönliche Hilfe. Der Kanton schafft gesetzliche Grundlagen und leistet einen finanziellen Beitrag. Doch letztlich sind es die Städte und Gemeinden, die dafür sorgen müssen, dass Sozialhilfeempfängerinnen und –empfänger wenn möglich den Weg zurück in die wirtschaftliche Selbständigkeit finden.
- **Integration** spielt sich im Alltag ab. Am Arbeitsort, am Wohnort, in der Freizeit. Der Kanton kann Projekte unterstützen und macht dies auch. Doch das wirkliche Zusammenleben findet in der Gemeinde statt. Sie sind gefordert.

Eine enge, **partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Gemeinden** und ihren Behörden ist mir ein besonderes Anliegen.